

Jungsein in einer Demokratie unter Druck

Input: Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring), Prof. Dr. Jörg Fischer (Fachhochschule Erfurt)

Kommentierung: Tobias Thiel (Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt)

Moderation: Nicole Tappert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Protokoll: Sabine Bösch (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Zentrale Inhalte

Die beiden Mitglieder der Sachverständigenkommission erläuterten, dass bereits während der Erarbeitung deutlich geworden sei, dass das Thema durch eine starke Dynamik geprägt sei, die sich durch die Pandemie und die kriegerischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren stetig verstärkt habe. Festzuhalten sei, dass trotz einer abnehmenden Zustimmung zu eindeutig rechtsextremistischen Aussagen eine latente Zustimmung deutlich zunehme und insbesondere im Bereich der Ausländerfeindlichkeit und Rückkehr zu tradierten Geschlechterrollen nachweisbar zu Veränderungen geführt habe. Ziel extremistischer Propaganda sei eine Polarisierung der Bevölkerung, in deren Folge sich Bevölkerungsgruppen unversöhnlich gegenüberstünden. Die benannten Krisen würden in das eigene Leben der Menschen eingreifen und mit einem Gefühl des „Nicht-Verstanden-Werdens“ durch politisch Verantwortliche und einem Gefühl von strukturellem Ausschluss einhergehen und so eine demokratiefeindliche Einstellung befördern. Einsamkeit habe sich dabei als elementare Thematik erwiesen, welche in zukünftigen Berichten stärker zu berücksichtigen sei.

Tobias Thiel verwies darauf, dass eine Normalisierung von Grenzüberschreitungen stattgefunden habe, wonach heute statt des eigentlichen Vorfalls die Meldung darüber als Störung empfunden werde. Persönliche Anfeindungen und Verdrehungen der Diskurse seien Teil der Strategie, ermöglicht auch durch ein Fehlen regionaler Medienpluralität. Schule sei an dieser Stelle ein wesentlicher Ort, an dem derzeit allerdings statt einer Förderung von Vielfalt und Partizipation einschränkende Strukturen erlebt würden und an dem jenseits der Kinder- und Jugendhilfe eine Veränderung dringend nötig sei.

Diskussionsergebnisse

Die Anwesenden plädierten dafür, die Kinder- und Jugendhilfe solle neue Wege und Räume nutzen, um (junge) Menschen zu erreichen, neben vielen anderen Schnittstellen eben auch im Bereich Schule. Förderkulissen wie das Startchancen-Programm, dessen Säule zur sozialräumlichen Vernetzung beitragen sollen, würden derzeit nicht ausreichend genutzt.

Entwicklungen im Bereich der Inklusion wiederum seien auch als „hybrides Drittes“ zu verstehen und hätten Potenzial für Neuerungen und Synergien.

Strukturen der Partizipation wurden hinsichtlich ihrer finanziellen Ausstattung und des Fehlens einer Regelförderung, der Berücksichtigung ihrer Ergebnisse sowie der Divergenz zwischen Lebenswelten von jungen Menschen und zeitlichen Abläufe von Planungsprozessen kritisiert. Dabei sei es jetzt Zeit zu handeln, da die Erosion zivilgesellschaftlicher Strukturen durch Bedrohungen von rechts derzeit schnell voranschreite. Zentrale Frage sei, was der demokratischen Gesellschaft die Stärkung der Demokratie wert sei, sowohl innerhalb der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe als auch in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Wichtig sei, dass die Kinder- und Jugendhilfe NIE neutral sei, sondern immer geprägt durch eine freiheitlich-demokratische Grundhaltung und dass in ihren Strukturen Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession sichtbar sei und gelebt werde. Die Vermittlung und das Vorleben von Grundfähigkeiten, um in demokratischen Prozessen agieren zu können, sei darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein wesentlicher Bestandteil davon sei auch – bei der Wahrung aller Grenzen der freiheitlichen Grundordnung – das Vermitteln und Vorleben von Kompromissfähigkeit und die Motivation, auch bei inhaltlichen Differenzen im Gespräch zu bleiben.

Insbesondere sei dies zu beachten im Umgang mit Fachkräften, falls diese eine freiheitlich-demokratische Grundhaltung nicht teilen würden. Hier wurde darauf verwiesen, dass dies nicht nur Aufgabe von Träger und Strukturen sei, sondern eine demokratische Grundhaltung als wichtiger Inhalt der Ausbildung stärker berücksichtigt werden solle.

In der fachlichen Ausrichtung solle Demokratieförderung als breiter, produktiver, gestaltender Ansatz berücksichtigt werden. Extremismusprävention sei nur ein Teil davon und werde oft reaktiv ausgelöst. Junge Menschen und Fachkräfte müssten sich auch in ihrem Alltag als selbstwirksame Subjekte erleben, um Inhalte und Forderungen mit Überzeugung in demokratische Strukturen tragen zu können.

Weiterführende Fragen

Aufgabe für die Kinder- und Jugendhilfe sei es, den deutlich professionalisierten Kommunikationsformen demokratiefeindlicher Akteure eigene Kommunikationsstrategien entgegenzusetzen, entgegen einem falsch ausgelegten Neutralitätsgebot und mit einer klaren Haltung von Kinder- und Jugendhilfe als menschenrechtsbasierter Profession. Die große Skepsis junger Menschen gegenüber Vertreter*innen von Parteien wiederum sei eine Aufgabe auch außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe.

Problematisch sei hier nicht (nur) die Stärke der Demokratiefeinde, sondern die Schwäche der Demokratiefürworter in Strukturen. Die Kinder- und Jugendhilfe müsse lernen, lauter und sichtbarer zu werden zugunsten einer stärkeren Priorisierung ihrer Themen sowie bei der Verteilung von Mitteln. Dazu gehöre auch, vorhandene Wirkungen der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar zu machen, als aktiv Handelnde sichtbar zu sein und so

Außenstehende auf ihre Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen (nicht alleinig, aber als Baustein). Dabei müsse sie realistisch eruieren und informieren, was leistbar ist, um als verlässliches Angebot wahrnehmbar zu sein. Vertreter*innen von Politik und Medien sollten auch bei fachlichen Veranstaltungen verstärkt berücksichtigt und aktiv eingeladen werden.